

Wohlers, Eckardt

Article — Digitized Version

Zeit für Wachstumspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wohlers, Eckardt (1995) : Zeit für Wachstumspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 11, pp. 570-571

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137291>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zeit für Wachstumspolitik



Eckhardt Wohlers

Viele negative Meldungen der letzten Zeit haben in der Öffentlichkeit erhebliche Zweifel am Fortgang der konjunkturellen Erholung geweckt; das zeigen auch die zum Teil recht skeptischen Kommentare zum Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute. In der Tat ist in Deutschland – wie auch in vielen anderen europäischen Ländern – nur zwei Jahre nach Überwindung der Rezession der Konjunkturmotor wieder ins Stottern geraten. In Westdeutschland hat sich der Anstieg von Nachfrage und Produktion in diesem Jahr spürbar verlangsamt, und in den neuen Bundesländern hat der Aufholprozeß etwas an Schwung verloren.

Die nachlassende konjunkturelle Dynamik in Europa ist vorrangig auf die Nachwirkungen des kräftigen Zinsanstiegs im vergangenen Jahr und das Abklingen lagerzyklischer Impulse zurückzuführen. In Deutschland wurde die Entwicklung zu Beginn dieses Jahres überdies durch die kräftigen Steueranhebungen und den Ablauf von Fördermaßnahmen im Wohnungsbau beeinträchtigt. Hinzu kamen weitere Belastungen durch die unerwartet hohen Lohnabschlüsse sowie die sprunghafte Höherbewertung der D-Mark; beides verschlechterte die Ertragserwartungen der Unternehmen spürbar. Angesichts dieser Faktoren war im Frühjahr eine temporäre Abflachung des Konjunkturanstiegs durchaus in die Prognosen eingestellt worden; überrascht hat lediglich die Hartnäckigkeit, mit der sie anhält.

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen sind aber immer noch relativ günstig, einige haben sich im Laufe des Jahres sogar verbessert. So sind die Kapitalmarktzinsen in diesem Jahr weltweit wieder deutlich gesunken; in der Bundesrepublik wurde, gefördert durch eine günstige Preisentwicklung, der letztjährige Zinsanstieg großenteils wieder wettgemacht. Die Bundesbank hat die geldpolitischen Zügel weiter gelockert, so daß die kurzfristigen Zinsen ebenfalls deutlich zurückgingen. Von alledem sind spürbare Impulse für die Konjunktur zu erwarten. Auch von den im Jahressteuergesetz 1996 vorgesehenen Steuerentlastungen werden trotz gleichzeitiger Erhöhung von Sozialabgaben per saldo merkliche Anregungen ausgehen. Die Nachwirkungen der Höherbewertung der D-Mark werden die wirtschaftliche Entwicklung zwar noch einige Zeit belasten, doch haben sich mit dem Abklingen der Währungsunruhen und der graduellen Korrektur der Aufwertung in den letzten Monaten die Aussichten für den Export wieder etwas aufgehellt.

Vor diesem Hintergrund ist eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung wahrscheinlich. Mit dem allmählichen Nachlassen der dämpfenden Aufwertungseffekte und der vollen Entfaltung der monetären Impulse dürfte sich der Anstieg von Nachfrage und Produktion im Laufe des nächsten Jahres sogar wieder etwas beschleunigen. Insgesamt wird die konjunkturelle Entwicklung aber auch 1996 ohne große Dynamik bleiben. Die Kapazitätsauslastung wird erst in der zweiten Jahreshälfte etwas steigen, und die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts wird, aufs ganze Jahr gesehen, in Deutschland mit insgesamt rund 2 1/2% nur geringfügig höher sein als in diesem Jahr. So gesehen ver-

dient die Aufwärtsbewegung kaum das Prädikat „Aufschwung“. Bei solch verhaltener Entwicklung bleiben die Beschäftigungsaussichten gedämpft; die Zahl der Erwerbstätigen wird 1996 im gesamten Bundesgebiet nach Schätzung der Institute nur um 180 000 höher und die der Arbeitslosen lediglich um 50 000 niedriger sein als in diesem Jahr.

Für eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt ist über Jahre hinweg ein deutlich höheres Wachstum als die für 1996 prognostizierten $2\frac{1}{2}\%$ notwendig. Dazu bedarf es freilich erheblicher Anstrengungen und einer „konzertierten Aktion“ aller Politikbereiche mit dem Ziel einer Stärkung der Wachstumskräfte. Erhebliches Gewicht kommt dabei der Finanzpolitik zu. Bisher war sie vorrangig darauf gerichtet, das im Zuge des Einigungsprozesses emporgeschossene Staatsdefizit einzudämmen, wobei freilich Steuererhöhungen im Vordergrund standen. Das Ergebnis war unter Wachstumsaspekten eher kontraproduktiv, denn die Inanspruchnahme bzw. Umverteilung des Inlandsprodukts durch den Staat und die Abgabenbelastung stiegen kräftig, und die ständige Diskussion über höhere Steuern schürte die Politikverdrossenheit. Immerhin gelang es, das Defizit der öffentlichen Haushalte in den letzten beiden Jahren etwas zu reduzieren. Daß der Fehlbetrag in diesem Jahr nicht in dem Maße zurückgehen wird wie ursprünglich veranschlagt, ist in erster Linie auf vorübergehende Einflüsse wie die schlechtere Konjunktur und Steuerausfälle aufgrund von Sonderfaktoren zurückzuführen; aus diesem Grunde ist also kein kurzfristiger finanzpolitischer Kurswechsel notwendig.

Um die Wachstumskräfte auf Dauer zu stärken, müßte indes die Zunahme der Staatsausgaben nachhaltig gedämpft und die Abgabenbelastung zurückgeschraubt, andererseits aber auch die öffentliche Verschuldung weiter eingedämmt werden. Das vom Finanzministerium jüngst vorgelegte Konzept einer „symmetrischen“ Finanzpolitik wäre eine Möglichkeit, diesen gordischen Knoten zu zerschlagen. Es sieht vor, die Staatsquote, d.h. den „Anteil“ der Staatsausgaben am Inlandsprodukt, bis zum Ende des Jahrzehnts wieder auf das Niveau zu senken, das vor der Wiedervereinigung in Westdeutschland erreicht worden war; dazu müßten die Staatsausgaben jährlich um rund zwei Prozentpunkte weniger steigen als das nominale Bruttoinlandsprodukt. Die sich ergebenden Einsparungen sollen zur Hälfte zur Senkung der Abgabenquote verwendet werden, im übrigen für eine weitere Rückführung des Staatsdefizits. Eine solche Strategie setzt strikte Ausgabendisziplin voraus. Auch bliebe kaum Raum für eine weitere Aufstockung der Transfers nach Ostdeutschland; hier kommt es aber ohnehin in erster Linie darauf an, die vorhandenen Mittel gezielter und effizienter einzusetzen. Alles in allem erfordert eine „symmetrische“ Finanzpolitik erhebliche politische Kraftakte und eine Abstimmung zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften, so daß hinsichtlich der raschen Umsetzung einige Skepsis angebracht erscheint.

In der Pflicht ist aber auch die Lohnpolitik. Mehr Beschäftigung bedingt eine deutliche Verstärkung der Investitionsdynamik, und diese ist nur erreichbar, wenn die Unternehmen die Absatz- und Ertragsaussichten als nachhaltig gut ansehen. Lohnmäßigung würde überdies vermeiden helfen, daß Arbeit noch mehr gegenüber Kapital ins Hintertreffen gerät. Das jetzt von der IG Metall propagierte „Bündnis für Arbeit“, das eine Nullrunde bei den Realeinkommen, eine Auflockerung des Flächentarifvertrages sowie untertarifliche Einstiegsgehälter für Langzeitarbeitslose offeriert, wäre unter Beschäftigungsaspekten ein großer Schritt in die richtige Richtung. Allerdings wird als Gegenleistung gefordert, daß die Unternehmen im Metallbereich auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten und sich zur Schaffung von 300 000 neuen Arbeitsplätzen verpflichten. Eine solche Garantie kann aber, wie auch die Gewerkschaft weiß, von den Tarifverbänden der Arbeitgeber nicht gegeben werden; dies wäre allenfalls auf Betriebsebene und auch wohl nur bei größeren Firmen möglich. Insofern wäre formal eine „Vorleistung“ seitens der Arbeitnehmer notwendig. Sie würde sich aber auf längere Sicht mit Sicherheit in Form von mehr Arbeitsplätzen auszahlen. Eine moderate, beschäftigungsorientierte Lohnpolitik würde überdies die Bundesbank bei ihrer Stabilitätspolitik unterstützen und sich günstig auf die Zinsentwicklung auswirken. Alles in allem ergäben sich so Bedingungen für eine Verstärkung der Wachstumsdynamik, die neben Beschäftigungs- auch Realeinkommenssteigerungen erlaubte.